Ausgabe 1; Januar 2012
Sonderpublikation zur Staatsschuldenkrise

Die Staatsschuldenkrise und was wir aus überstandenen Krisen lernen können

Institut für strategische Investmentberatung • isi Investmentresearch GmbH & Co. KG

Steht unser Geldsystem vor dem Kollaps?

Liebe Kunden und Investoren, sehr geehrte Damen und Herren,
das Börsenjahr 2011 war von sehr widrigen Umständen geprägt. Die Diskussion um die horrenden Staatsverschuldungen führte zu „Ernteausfällen“ an fast allen Aktienmärkten. Anleger sind verunsichert, sie haben Angst vor steigenden Inflationsraten und einer Entwertung ihres Vermögens. Wie steht es um die Stabilität der Eurozone? Selbst Staatsbankrotte und Währungsreformen werden nicht mehr ausgeschlossen.

Auch Bargeld ist nicht mehr risikolos!

Die Staatsschuldenkrise hat Anleger verunsichert und teilweise von den Aktienmärkten vertrieben. Sie fühlen sich in scheinbar sicheren Sparformen wie Festgeld, Sparbuch, etc. wohler als in Produktivkapital. Ein Trugschluss, denn genau diese als potenziell sicher angesehenen Anlagen wären von steigenden Inflationsraten und Währungsschnitten am stärksten betroffen. Der Fall Griechenland beweist es.

Immobilien und Gold sind gefragt wie seit vielen Jahren nicht mehr. Grundsätzlich eine gute Wahl. Es handelt sich hierbei um Vermögen, welches mit realen Werten unterlegt ist. Dennoch ist Vorsicht angebracht. Der Goldpreis ist in den vergangenen zehn Jahren um ca. 500 % gestiegen und er könnte auch zukünftig noch steigen. Die Gefahr eines starken Rückschlages ist inzwischen jedoch sehr hoch. Eine Tatsache die den meisten Anlegern nicht bekannt ist: Der Besitz von Gold wurde in der Vergangenheit schon mehrmals verboten. Bankschließfächer wurden über Nacht versiegelt und durften nur im Beisein eines Finanzbeamten geöffnet werden.

Immobilienbesitzer könnten vorrangig ein schnelles Opfer klammer Staaten werden. Für den Staat ist es ein Leichtes, die Immobilieneigentümer über die Grundbuchämter festzustellen und mit zusätzlichen Steuern und Abgaben zu belegen. So haben beispielsweise Griechenland und Italien bereits zusätzliche Steuern auf Immobilien beschlossen, um die Staatshaushalte zu sanieren. Doch es könnte noch dicker kommen. Eine Enteignung von Immobilienbesitz wäre auch in Deutschland nicht neu. Sowohl 1924 als auch 1952 wurden Immobilieneigentümer per Zwangsabgabe derartig hoch besteuert, dass dies fast einer Zwangsenteignung gleich kam. Nach der letzten Währungsreform wurde Immobilienbesitzern eine „Zwangshypothek“ eingetragen. Sie mussten laut Gesetz die Hälfte Ihres Immobilienvermögens in einen Ausgleichsfonds einzahlen. In diesem Zusammenhang erscheint es auch sehr ungewöhnlich, dass bei der letzten Volkszählung im Jahre 2011 nicht das Volk, sondern der Immobilienbesitz des Volkes gezählt wurde.

Krisen gab es schon immer und wird es auch zukünftig geben. Aus jeder Krise gehen Verlierer und Gewinner hervor. Auch in dieser Krise gilt: Nicht der Wind, sondern die Segel bestimmen den Kurs!

Mit besten Wünschen für Ihren Anlageerfolg!

Thomas Vollkommer
Geschäftsführer Institut für strategische Investmentberatung

THEMEN IN DIESER AUSGABE

- Die Eskalation der Staatsschulden und die Folgen
- Währungen kommen und gehen
- Gewinner und Verlierer vergangener Währungskrisen
- Wie reagieren diverse Anlagen auf steigende Inflationsraten oder Währungsschnitte
- Performance der isi Strategie-Portfolio`s
- Performance des „United Investment MultiAsset Dynamic“
- Ausblick in das Börsenjahr 2012

facebook

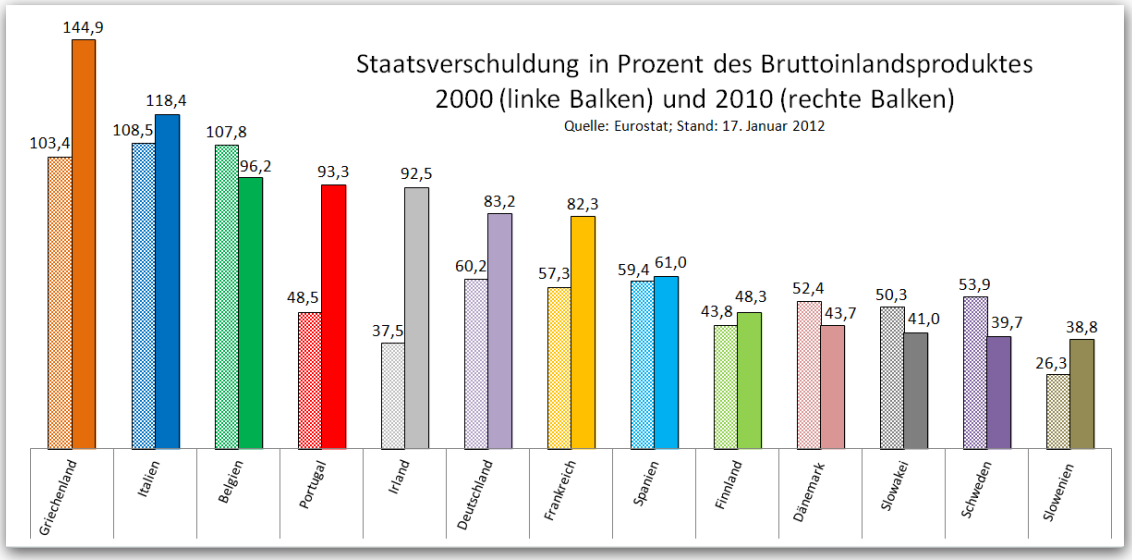
Jetzt Fan werden!
Sichern Sie sich exklusive Infos, Tipps und Angebote!

www.facebook.com/isi.investment

Die Explosion der Staatsschulden bringt große Gefahren für die Zukunft

Jedes Unternehmen hat Einnahmen und Ausgaben. Zusätzlich besteht in begrenztem Ausmaß die Möglichkeit, sich über Schulden zu finanzieren. Sind die Einnahmen auf Dauer niedriger als die Ausgaben, ist das Unternehmen pleite. Staaten finanzieren sich über Steuereinnahmen. Lebt ein Staat über seine Verhältnisse, kann er sich über Staatsanleihen zusätzliches Kapital beschaffen. Er verschuldet sich. Laut den Maastricht-Verträgen liegt die Schuldenobergrenze bei 60 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Außerdem darf die jährliche Neuverschuldung bei max. 3 % des BIP liegen. Seit der Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung haben viele Länder die vertraglich geregelte Schuldenobergrenze weit überschritten. Trotz klarer Regeln blieben die Verstöße bisher ohne Konsequenzen. Dafür werden die Staaten jetzt vom Kapitalmarkt abgestraft. In Folge eines Vertrauensverlustes der Geldgeber sind die Refinanzierungskosten vieler Staaten enorm angestiegen. Die Bonitätsherabstufungen einiger Länder durch die Ratingagenturen verstärken diesen Prozess zusätzlich. Zahlungsausfälle (z. B. Griechenland) sind wahrscheinlicher geworden. Deutschland befindet sich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern (noch!) in einer sehr komfortablen Situation. Obwohl die Staatsverschuldung heute höher ist als im Jahre 2000, sind die Zinsausgaben niedriger als im Jahre 2000. Der Grund liegt in den niedrigen Refinanzierungszinsen für die sich der Staat heute verschulden kann. So werden aktuell für zehnjährige Staatsanleihen Zinsen von unter 2 % gezahlt. Doch was geschieht, wenn die Zinsen steigen sollten? Die Zinsbelastungen des Bundes lagen im Jahre 2010 bei 33,1 Mrd. €. Würde sich der Zins mittelfristig nur um einen Prozentpunkt erhöhen, stiegen die Zinsbelastungen des Bundes um rund 10 Mrd. € pro Jahr!

„Staaten verschulden und überschulden sich. Leider gehört das eher zum Normalfall als zur Ausnahme“



Anstieg der Staatsverschuldungen im Zeitraum 2000 bis 2010

Doch nicht nur die Schulden des Staates sind kritisch, auch die Schulden der privaten Haushalte verstärken die aktuelle Problematik. Inzwischen gelten 9,38 % der privaten Haushalte als überschuldet. Das heißt, sie können ihren laufenden finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Die Hauptgründe dafür sehen das Bundesfamilienministerium und die zentrale Schuldnerberatung in Arbeitslosigkeit, steigenden Lebenshaltungskosten, einem sich gravierend verändernden Konsumverhalten und einer mangelnden finanziellen Bildung. Der starke Anstieg der Konsumentenkredite macht deutlich, dass nicht nur der Staat, sondern auch viele Privathaushalte über ihren Verhältnissen leben. Sie geben mehr Geld für Konsum (z. B. Auto, Urlaub, Elektronik, Möbel etc.) aus, als es ihre Einnahmen zulassen würden. Die steigende Verschuldung der privaten Haushalte verstärkt das soziale Ungleichgewicht. Der Großteil der Staatsausgaben ist einerseits von der Masse der Bürger zu tragen, andererseits ist der überwiegende Teil des Vermögens der Deutschen auf einen relativ kleinen Prozentsatz der Bevölkerung verteilt. Ordnet man alle Personen über 17 Jahre nach der Höhe ihres Nettovermögens und bildet dann zehn gleich große Gruppen, so zeigt sich folgendes Bild: Das reichste Zehntel verfügt über 61,1 % des gesamten Vermögens. Nimmt man das zweitreichste Zehntel, mit 19 % des gesamten Vermögens dazu, ergibt sich folgendes Ergebnis: 20 % der privaten Haushalte verfügen über 80,1 % des Nettovermögens (Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW).

Fazit: Viel Staaten und ein erheblicher Prozentsatz der Privathaushalte sind überschuldet. Ein Zustand, der auf Dauer nicht tragbar ist. Die Staatsschulden müssen / die Schulden der privaten Haushalte sollten im Eigeninteresse jedes Einzelnen, abgebaut werden. Die Frage, die sich stellt: Wie gelingt es dem Staat, bei dem bestehenden sozialen Ungleichgewicht, die Überschuldung auf ein tragbares Niveau abzubauen?

Währungen kommen und gehen. Ziehen Sie die richtigen Schlüsse daraus!

Staaten verschulden und überschulden sich. Das gehört eher zum Normalfall als zur Ausnahme. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass es im Wesentlichen immer die gleichen Maßnahmen waren, mit denen überschuldete Staaten ihren Haushalt wieder konsolidieren konnten: Ausgaben reduzieren, Steuer- und Abgabenerhöhungen, Inflation, Schuldenschnitt oder Währungsreform. Zum jetzigen Zeitpunkt gehen wir davon aus, dass es in der aktuellen Krise auf eine Mischung zwischen Sparmaßnahmen, höheren Inflationsraten und zusätzlichen Steuer- und Abgabeerhöhungen (ggf. auch Vermögensabgabe) hinauslaufen wird. Vor allem der Ruf nach einer Vermögensabgabe wird bereits in verschiedenen Kreisen der Politik immer lauter. So wurde z. B. in einer öffentlichen Sitzung des Bundestages im Mai 2011 auf ein Instrument aus der deutschen Vergangenheit hingewiesen, „…welches bereits zweimal gute Hilfe geleistet hat…“, das Lastenausgleichsgesetz. Gleichzeitig wurde eine Vermögensabgabe zur Diskussion gestellt. Der Beschluss einer Bundestagsfraktion vom 17. Jan. 2012, in dem eine Vermögensabgabe auf Immobilien, Geld- und Betriebsvermögen gefordert wird, zeigt, in welche Richtung es gehen könnte. Eine Eskalation der Staatsschuldenkrise kann jedoch auch wesentlich drastischere Schritte erforderlich machen. Mit welchen konkreten Maßnahmen das Schuldenproblem gelöst wird ist noch nicht absehbar. Sich auf ein Szenario festzulegen, halten wir für sehr riskant. Bleiben Sie flexibel. Ähnlich wie bei einem Segelschiff ist es egal, aus welcher Richtung der Wind weht.

„Nicht der Wind, sondern die Segel bestimmen den Kurs“

Sachwert schlägt Geldwert. Wo lauern die Gefah

Grundsätzlich waren Sachwerte in Z
raten und nach einer
gegen

Dies ist eine Leseprobe!

Die vollständige Ausgabe können Sie gerne bei uns anfordern.

Wir versenden im PDF Format - kostenlos!

Schreiben Sie uns einfach eine Email an: info@de-in-in.de

Auf Wunsch senden wir Ihnen die Broschüre auch kostenlos per Post!

…auch
…ngen benötigt wer-
…auch bei kommenden Krisen besser
…s Geldwerte.

…gold. Wertbeständig aber unflexibel.

…men sind in Deutschland die bekanntesten Sachwerte. Sie gelten als wertbeständig und inflationsgeschützt. Nach Ansicht von Immobilienspezialisten gehören jedoch frühere Wertsteigerungen der Vergangenheit an. Im Bundesdurchschnitt sind die Preise für Einfamilienhäuser im Jahre 2009 sogar 1,2 % gesunken. Im Jahre 2010 gab es eine kleine Erholung. Allerdings sind die regionalen Unterschiede sehr hoch. Während für Einfamilienhäuser in Großstädten bis zu zwei Prozent mehr bezahlt wurde, sind die Preise in ländlichen Regionen eher rückläufig. Auch langfristig sind Wertsteigerungen nur in Metropolregionen zu erwarten. Bei vermieteten Immobilien geht der Vermieter das Risiko von Leerstand, Verwaltungsaufwand und Ärger mit den Mietern ein. Immobilien binden viel Kapital und lassen deswegen meist keine vernünftige Risikostreuung zu. Eine getroffene Entscheidung kann aufgrund der eingeschränkten Flexibilität, im Gegensatz zu anderen Anlageformen, sehr schwer korrigiert werden. Eine Tatsache, die ggf. gravierende Nachteile mit sich bringen kann, ist den wenigsten Immobilienkäufern bekannt. Laut Artikel 14, Abs. 3 des Grundgesetzes ist eine Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit gesetzlich zulässig. In der deutschen Geschichte wurden u. a. Immobilienbesitzer nach Währungsreformen bereits zweimal mit zusätzlichen Zwangsabgaben „teilenteignet“. Im Jahre 1924 durch die Hauszinssteuer, im Jahre 1952 durch das Lastenausgleichsgesetz. Offiziell sollten so Gewinne abgeschöpft werden, die 1924 durch die Entschuldung per Hyperinflation oder 1948 durch Rettungsflucht in Sachwerte bei der Währungsreform entstanden sind. Immobilieneigentümer mussten die Hälfte des Vermögens (nach dem Stand vom 21. Jun. 1948) in vierteljährlichen Raten, verteilt auf 30 Jahre, in den Ausgleichsfonds einzahlen. Abgesichert wurde die Verpflichtung durch den Eintrag einer „Zwangshypothek“ in das Grundbuch. Im Zuge der aktuellen Staatsschuldenkrise wurde bereits von mehreren Bundestagsparteien eine erneute Vermögensabgabe zur Diskussion gestellt, teils sogar schon in einem Fraktionsbeschluss fixiert.

© Institut für strategische Investmentberatung ● isi Investmentresearch GmbH & Co. KG